Zwischenbericht

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

Teilbericht zu dem Thema „Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

Inhaltsverzeichnis

A. Auftrag an die Enquete-Kommission, Arbeitsweise und Beratungsverlauf
I. Zum Auftrag an die Enquete-Kommission
II. Zusammensetzung der Enquete-Kommission und Beratungsverlauf
1. Zusammensetzung der Enquete-Kommission
2. Beratungsverlauf
a. Öffentliche Anhörungen und öffentliche Sitzungen
b. Interne Sitzungen und Fachgespräche
c. Expertisen und Bericht
3. Beratungsergebnis

B. Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen sowie Notwendigkeit und Eilbedürftigkeit der Errichtung einer Stiftung
I. Zur Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
II. Vorschlag zur Errichtung einer Bundesstiftung und Stiftungszweck
III. Rechtsform der zu errichtenden Stiftung
IV. Eilbedürftigkeit

C. Einzelheiten zur Stiftung
I. Sitz der Stiftung
II. Finanzierung der Stiftung
III. Strukturen der Stiftung
IV. Die einzelnen Aufgaben der Stiftung
1. Förderung von Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden
2. Beratung und Betreuung der Opfer der SED-Diktatur
3. Beiträge zur politisch-historischen Aufklärung über die SED-Diktatur
4. Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit über die SED-Diktatur
5. Archivierung von Materialien aus Opposition und Widerstand, von Zeugnissen der Opfer der SED-Diktatur und von sonstigem privaten Schriftgut zur DDR-Geschichte

6. Erinnerung und Gedenken

D. Anhang: Zusammensetzung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

A. Auftrag an die Enquete-Kommission, Arbeitsweise und Beratungsverlauf

I. Zum Auftrag an die Enquete-Kommission

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen, Schäden und Nachwirkungen der SED-Diktatur wird noch für viele Jahre eine herausragende Aufgabe bleiben. Die Geschichte der DDR mit all ihren Belastungen ist Teil der Geschichte des vereinten Deutschlands. Deshalb ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Lebens in der DDR ein gesamtgesellschaftliches, nationales Anliegen. Die Vereinigung Deutschlands vor nunmehr fast sieben Jahren hat die Situation vor allem in den neuen Bundesländern erheblich verändert. In ganz Deutschland bestehen nun funktionsfähige parlamentarisch-demokratische Institutionen und funktionsfähige Verwaltungen. Eine rechtsstaatliche Justiz ist eingerichtet. Die Freiheits- und Bürgerrechte des Grundgesetzes sind für alle Deutschen garantiert. Gleichwohl ist der Umstrukturierungsprozeß nicht abgeschlossen, und viel bleibt zu tun. Sichtbarstes Zeichen dafür ist die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere in den neuen Bundesländern. Neben der Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse bleibt die innere, mentale Einigung der Deutschen eine wichtige Aufgabe, deren Lösung als ein längerfristiger Prozeß anzusehen ist. Die unterschiedlichen Lebensgeschichten und Erfahrungen der Menschen in den neuen und alten Bundesländern müssen bei der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft Beachtung finden. Ein Zusammenleben setzt das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung miteinander und untereinander voraus. Eine intensive Beschäftigung der Bürger in ganz Deutschland mit ihrer eigenen Geschichte, mit Ursachen, Problemen und Folgen der deutschen Teilung und mit der SED-Diktatur fördert ein erfolgreiches Zusammenwachsen zu einer gemeinsamen demokratisch-politischen Kultur. Dabei steht die Erinnerung an den Widerstand gegen die SED-Diktatur und an ihre Opfer im Vordergrund.

Der Deutsche Bundestag nahm am 22. Juni 1995 den Antrag auf Einsetzung der Enquete-Kommission (BT-Drs. 13/1535) an und gab der Kommission den Auftrag zu prüfen, welche institutionellen Formen notwendig sind, um diesen Prozeß zu fördern und immer wieder anzustoßen.

Diesem Auftrag entsprechend legt die Kommission schon vor Abschluß ihrer Arbeit einen Teilbericht zu dem Thema „Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vor.

II. Zusammensetzung der Enquete-Kommission und Beratungsverlauf

1. Zusammensetzung der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission setzt sich aus elf Mitgliedern der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen, für die jeweils stellvertretende Mitglieder benannt sind, und elf Sachverständigen zusammen. Die Gruppe der PDS wirkt entsprechend den Beschlüssen des Deutschen Bundestages und den Vereinbarungen des Ältestenrates mit einem Mitglied, für das ebenfalls ein stellvertretendes Mitglied benannt ist, beratend mit. Sie hat von der vereinbarten Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen Sachverständigen ohne Stimmrecht zu benennen. Ein Sekretariat unterstützt die Arbeit der Kommission in organisatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht (siehe Teil D / Anhang).

2. Beratungsverlauf

Die Kommission führte in der Zeit von ihrer Konstituierung am 30.06.1995 bis zur Verabschiedung dieses Teilberichts in der 37. Sitzung am 25. September 1997 zu dem Aufgabenfeld „Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ eine Reihe von vorbereitenden Schritten durch:

Zur Unterstützung der Arbeit richtete die Kommission eine Berichterstattergruppe zu dem Thema „Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung“ ein. In das Aufgabengebiet dieser Berichterstattergruppe fallen neben der thematischen Vorstrukturierung und Vorbereitung öffentlicher und interner Anhörungen und Sitzungen auch die Erarbeitung von Vorschlägen für die Vergabe von Expertisen und Berichten sowie die Vorbereitung für deren Auswertung durch die Kommission.

a. Öffentliche Anhörungen und öffentliche Sitzungen

Die Enquete-Kommission führte folgende öffentliche Anhörungen von externen Sachverständigen und öffentliche Sitzungen zum Gegenstand des Teilberichts durch:

- eine öffentliche Sitzung, in der mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages sowie mit Vorsitzenden von Petitionsausschüssen der Landtage der neuen Bundesländer über Bitten und Beschwerden der Bürger im Zusammenhang mit dem Kommissionsthema diskutiert wurde (11. Sitzung am 18. April 1996 in Bonn),
- eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“ (17. Sitzung am 17. Juni 1996 in Berlin).

Die Sitzungsniederschriften der 11. und der 17. Kommissionssitzung sind der Öffentlichkeit zugänglich.

b. Interne Sitzungen und Fachgespräche

Darüber hinaus wurden folgende interne Sitzungen und Fachgespräche zum Gegenstand dieses Teilberichts durchgeführt:

- ein Gespräch mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Vorsitzenden der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (UKPV) über die Möglichkeiten der Finanzierung einer selbständigen Stiftung des öffentlichen Rechts (am 20. Februar 1997 in Bonn),
- ein Gespräch mit Vertretern von Stiftungen über Fragen der Förderung von historischer Deutschlandforschung/DDR-Forschung (am 24. April 1997 in Bonn),
- ein Gespräch mit Vertretern unabhängiger Archive und Aufarbeitungsinitiativen in den neuen Bundesländern über den Verbleib von Dokumenten und Materialien der Bürgerbewegung (am 5. Mai 1997 in Berlin),
- ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin über die Errichtung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte mit Sitz in Berlin (am 2. Juni 1997 in Berlin).

c. Expertisen und Bericht

Neben der Durchführung von öffentlichen und internen Anhörungen, Sitzungen und Fachgesprächen wurden die mit diesem Teilbericht verbundenen Fragestellungen durch Expertisen und einen Bericht bearbeitet. Der Enquete-Kommission liegen vor:

- eine Expertise zu dem Thema „Bestandsaufnahme über die rechtliche und soziale Situation von Aufarbeitungsinitiativen im Jahre 1996“,
  Michael Stognienko, Berlin,
- eine Expertise zu dem Thema „Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der politischen Bildung und Problemaufriß“,
  Wolfgang Kusior, Berlin,
- ein Bericht mit dem Titel „Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der politischen Bildung“,
  Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

3. Beratungsergebnis

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat in ihrer 37. Sitzung am 25. September 1997 in Bonn diesen Zwischenbericht einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

B. Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen sowie Notwendigkeit und Eilbedürftigkeit der Errichtung einer Stiftung

I. Zur Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen

Auch sieben Jahre nach der staatlichen Vereinigung sind Ost- und Westdeutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und mental noch unterschiedlich geprägt. Die Vergangenheit der deutschen Teilung und die Probleme des Vereinigungsprozesses wirken nach. Viele Vorurteile, Desinformationen und die Unkenntnis über das Leben und die Situation in Ost- und Westdeutschland vor der Wende sind noch immer wirksam. Unterschiedliche Lebenserfahrungen, Denkgewohnheiten und Wertvorstellungen belasten den Umgang miteinander auch heute noch. Diese problematische Situation wird dadurch verstärkt, daß wir in West und Ost noch immer zu wenig über die unterschiedliche Vergangenheit wissen.

Der Rückblick auf die DDR, aber auch auf die Bundesrepublik vor 1989, erfolgt von sehr unterschiedlichen Standpunkten und mit oft divergierenden Perspektiven. Den einen geht es mehr um das persönliche Erleben der DDR-Gesellschaft, die anderen interessiert das System, der Unrechtsstaat und die SED-Diktatur, die die Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen zerstörten und verhinderten. Demgegenüber ist insbesondere im Westen Deutschlands die Sicht auf die DDR vielfach durch Unkenntnis geprägt. Oft ist die publizistische Darstellung zu wenig differenziert und läßt häufig politische und gesellschaftliche Zusammenhänge außer acht. Der 40-jährige innerdeutsche Entfremdungsprozeß zeigt bis heute seine Folgen im Bewußtsein der Menschen. Aus diesen unterschiedlichen Prägungen und Perspektiven erklärt sich der vielschichtige Streit über die Bewertung der DDR-Geschichte, wie die Auseinandersetzung zu den Begriffen „Unrechtsstaat“ und „Diktatur“ zeigt. Die parlamentarische Demokratie stößt, bei positiver Akzeptanz im ganzen, bei manchen Menschen im Osten Deutschlands auf Vorbehalte. Auch das Ansehen der politischen Parteien als ein Fundament der parlamentarischen Demokratie ist nicht stabil. Die teilweise problematischen Auswirkungen des Vereinigungsprozesses und manche Ergebnisse der justitiellen Aufarbeitung belasten das Verhältnis der Bürger zum Rechtsstaat.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist eine intensive, differenzierte, breitgefächerte, pluralistische und kontroverse Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der innerdeutschen Beziehungen im Rahmen des Ost-West-Konfliktes sowie weiterer historischer und politischer Zusammenhänge von großer Bedeutung für die Entwicklung einer stabilen demokratischen Kultur und die Festigung des antitotalitären Konsenses in Deutschland. Diesen – die Fundamente unserer Demokratie berührenden – Herausforderungen kann nicht allein durch politische Beschlüsse und Appelle wirksam begegnet werden. Nur ein öffentlicher kritisch-konstruktiver Diskurs, in den möglichst viele Bürger in Ost und West einbezogen werden, erreicht und prägt das politische und gesellschaftliche Bewußtsein.

Es ist daher dringlich, in diesem öffentlichen Diskurs

- die Kenntnisse insbesondere der Jugendlichen über die DDR-Gesellschaft und die SED-Diktatur zu verbessern und die gegenseitigen Klischees abzubauen,
- zu verdeutlichen, daß die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine gesamtdeutsche Aufgabe ist,
- darzustellen, daß auch im Westen oft kein adäquates Bild der DDR vermittelt wurde, während in der DDR die Verschleierung von Herrschaftsstrukturen und Zusammenhängen sowie ein ideologisches Zerrbild von der Bundesrepublik Deutschland systemimmanent war,
- geltend zu machen, daß es eine Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung ist, an der öffentlichen Diskussion durch vertiefte und differenzierte Vermittlung von Kenntnissen teilzunehmen und
- die Bedeutung von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR als Teil der demokratischen Tradition im vereinigten Deutschland herauszustellen.

Die SBZ/SED-Diktatur ist nicht aus sich selbst verständlich, sondern war Teil der kommunistischen Diktatur des Sowjet-Imperiums, die sich bei allen nationalen Unterschieden nach den gleichen Grundprinzipien gestaltete. Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gehören zur europäischen Freiheitsgeschichte. Die Aufarbeitung der Vergangenheit in diesen Ländern ist eine wichtige Herausforderung bei der Entwicklung und Festigung einer demokratischen politischen Kultur. Gerade im zusammenwachsenden Europa ist ein Erfahrungsaustausch über die Probleme der Aufarbeitung von großer Bedeutung. Eine internationale Zusammenarbeit in diesen Fragen ist zu fördern.

Der Deutsche Bundestag hat mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ in der 12. Wahlperiode sowie mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ in der 13. Wahlperiode wichtige Beiträge zur Förderung des öffentlichen Diskurses und des gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses geleistet. Bund und Länder sind in vielerlei Hinsicht an der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Überwindung ihrer Folgen beteiligt. Eine große Zahl öffentlicher Institutionen arbeitet an diesem gesamtgesellschaftlichen Prozeß mit. Zugleich gibt es derzeit eine Reihe von Initiativen und Einzelpersonen in Deutschland, die auf speziellen Gebieten der DDR-Vergangenheit wesentliche und unverzichtbare Beiträge leisten. Oft fehlen ihnen Kontakte und Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches. Mit Blick auf die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses ist es wichtig, ihnen Möglichkeiten zur regelmäßigen Kommunikation und Diskussion zu geben sowie Anstöße für einen gesamtdeutschen öffentlichen Diskurs zu ermöglichen.

II. Vorschlag zur Errichtung einer Bundesstiftung und Stiftungszweck

Die Enquete-Kommission schlägt dem Deutschen Bundestag die Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts mittels eines Bundesgesetzes vor, deren Zweck es ist, Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Entstehung, Geschichte und Folgen der SED-Diktatur zu leisten sowie zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie, zur Festigung des antitotalitären Konsenses, zu einer demokratischen politischen Kultur und zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands beizutragen. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört in den Zusammenhang einer intensiven Auseinandersetzung mit den Diktaturen und den Ideologien der jüngsten Geschichte Deutschlands und des 20. Jahrhunderts insgesamt. Sie ist zugleich Teil eines europäischen Prozesses.

Es soll daher Aufgabe der Stiftung sein,

- die Arbeit von gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen und von Verbänden der Opfer der SED-Diktatur zu unterstützen,
- den Opfern der SED-Diktatur die Möglichkeiten von Beratung und Hilfe stärker zu erschließen, die von verschiedenen Stellen angeboten werden,
- die Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur und ihren Folgen im Vereinigungsprozeß zu unterstützen, um so zu einer demokratischen politischen Kultur in Deutschland beizutragen,
- die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur zu fördern,
- die zahlreichen Dokumente und Materialien des Widerstands und der Opposition gegen die SED-Diktatur zu sichern sowie
- die Erinnerung an die Teilung Deutschlands und die Opfer des SED-Regimes angemessen zu bewahren und in der Öffentlichkeit wachzuhalten.

III. Rechtsform der zu errichtenden Stiftung

Nach gründlicher Abwägung aller in Betracht kommenden Rechtsformen für die zu schaffende Institution ist die Enquete-Kommission zu dem Ergebnis gelangt, daß nur eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts diese Aufgaben angemessen erfüllen kann. Die vielfältigen Aufgaben, die in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erfüllen sind, einschließlich der notwendigen Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen sowie mit öffentlichen und privaten Trägern des Aufarbeitungsprozesses, legen eine Institution nahe, die weder unmittelbar in die Staatsverwaltung eingegliedert noch lediglich ein privatrechtlicher Verein ist. Erfolg verspricht die Rechtsform der Stiftung des öffentlichen Rechts, die als rechtlich selbständiges Sondervermögen des Bundes ihre Aufgaben mit der nötigen Unabhängigkeit erfüllen kann. Ihre Organe müssen so gestaltet werden, daß sich in ihnen das Spektrum der

am Aufarbeitungsprozeß Beteiligten aus Politik und Gesellschaft widerspiegelt und sie der Stiftungsidee entsprechen.

IV. Eilbedürftigkeit

Die Enquete-Kommission hat festgestellt, daß die Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände ihre wichtige Arbeit aufgrund fehlender finanzieller Mittel und unzulänglicher organisatorischer Bedingungen schon in naher Zukunft nicht mehr in dem wünschenswerten Umfang fortsetzen können. Die Dokumente von Opposition und Widerstand gegen das SED-Regime drohen verlorenzugehen und sind zu einem großen Teil dem Verfall preisgegeben. Deshalb besteht ein dringender Handlungsbedarf für die Errichtung der vorgeschlagenen Bundesstiftung noch in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Bereits vor der Errichtung der vorgeschlagenen Stiftung sollten durch den Deutschen Bundestag unmittelbar Maßnahmen zur Sicherung des Archivgutes sowie der Dokumente der DDR-Opposition und des Widerstandes gegen die SED-Diktatur wie auch zur Sicherung des Fortbestandes von Aufarbeitungsinitiativen erfolgen.

C. Einzelheiten zur Stiftung

I. Sitz der Stiftung

Sitz der Stiftung soll Berlin sein. Die Bundeshauptstadt hat eine symbolhafte Bedeutung als zentraler Ort der Geschichte der deutschen Teilung, als Zentrum des Repressionsapparates der SED-Diktatur, als wichtiger Ort der friedlichen Revolution im Jahr 1989 und als Sitz von Regierung und Parlament des vereinten demokratischen Deutschlands.

II. Finanzierung der Stiftung

Die Stiftung wird finanziert durch Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt. Durch ein Gesetz soll sichergestellt werden, daß noch verfügbare Mittel aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR für die Stiftung verwendet werden. Daneben sollen Einnahmen aus Spenden ermöglicht werden.

III. Strukturen der Stiftung

Als Stiftungsorgane sind ein Stiftungsrat, der Vorstand sowie aufgabenbezogene Beiräte vorzusehen. Die Zusammensetzung des Stiftungsrates und der

Beiräte soll die Pluralität des Aufarbeitungsprozesses angemessen berücksichtigen.

IV. Die einzelnen Aufgaben der Stiftung

1. Förderung von Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden

Die zahlreichen Gruppen und Initiativen, die sich auf privater und ehrenamtlicher Basis mit vielfältigen Mitteln und Ideen an der Arbeit beteiligen, benötigen dringend finanzielle und ideelle Unterstützung. Ihre auf authentische Zeitzeugenschaft gestützte Arbeit hilft dabei, die zweite Diktatur in Deutschland für die Menschen faßbar und begreifbar zu machen. Die Opfer der politischen Verfolgung durch das SED-Regime sind wichtige Zeitzeugen im Prozeß der Aufarbeitung. Ihre Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Ausstellungen sollen auch Menschen aus den alten Bundesländern erreichen, die dadurch lernen, sich mit diesen Geschehnissen als einem Teil der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen und die Mitbürger in den neuen Bundesländern besser zu verstehen.

Die Aufarbeitungsinitiativen und die Verbände der Opfer leisten wesentliche und unverzichtbare Hilfe zu dem Gelingen der deutschen Einheit. Ihre Arbeit bedarf der besonderen Unterstützung durch den Staat. Zahlreiche Projekte dieser Initiativen und Verbände drohen jedoch bereits heute mangels ausreichender Finanzierungsmöglichkeiten zu scheitern. Ohne schnelle Hilfe ist mit dem fast vollständigen Ende dieser Initiativen in den kommenden Monaten zu rechnen. Schon jetzt müssen viele dieser Gruppen ihre Arbeit drastisch einschränken. Die Stiftung soll deshalb die Arbeit – auch neu entstehender – gesellschaftlicher Aufarbeitungsinitiativen und von Verbänden der Opfer der SED-Diktatur projektbezogen fördern.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehören insbesondere

– die finanzielle und inhaltliche Unterstützung von Projekten,

– die Förderung der Zusammenarbeit und des Austausches von Aufarbeitungsinitiativen und Verbänden der Opfer untereinander sowie mit anderen Institutionen,

– Unterstützung und Beratung bei deren inhaltlicher Arbeit anzubieten oder zu vermitteln und zu ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit beizutragen,

– die Veröffentlichung von Adressen-, Veranstaltungs-, Publikations- und Projektlisten der gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen und der Verbände der Opfer,

– die Förderung der Zusammenarbeit der Initiativen und der Verbände mit wissenschaftlichen Institutionen sowie

– die Förderung der Zusammenarbeit der Aufarbeitungsinitiativen und der Verbände der Opfer mit Schulen und Trägern politischer Bildung, etwa durch das Vermitteln von Zeitzeugen.

2. Beratung und Betreuung der Opfer der SED-Diktatur

In verschiedenen Einrichtungen und Verbänden werden Opfer des SED-Systems beraten. Viele Betroffene können sich in der komplizierten Materie des 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes nicht zurechtfinden und wissen bis heute nicht, welche Möglichkeiten und Wege ihnen offenstehen, ihre rechtlichen Ansprüche und Interessen durchzusetzen. Bedarf besteht auch für eine Beratung in Rehabilitierungsfragen. Deshalb muß ein Informationsangebot über die Möglichkeiten der Beratung und Hilfe für die Opfer der SED-Diktatur dringend geschaffen und aktualisiert werden.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehören insbesondere

– den Zugang zu einer qualifizierten Beratung und Unterstützung zu ermöglichen,

– eine Koordinierung und Qualifizierung von Beratung sowie die Unterstützung und den Ausbau dezentraler Beratungsangebote zu fördern,

– die Information über und die Vermittlung von Beratung, Betreuung, Selbsthilfegruppen, Therapie und ärztlicher Begutachtung,

– das Mitwirken an Fortbildungsveranstaltungen für Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur, insbesondere für Begutachtungsverfahren, und die Unterstützung des Erfahrungsaustausches der auf diesen Gebieten tätigen Einrichtungen und Personen,

– die regelmäßige Information der Öffentlichkeit über die Situation der Opfer der SED-Diktatur.

3. Beiträge zur politisch-historischen Aufklärung über die SED-Diktatur

Die politisch-historische Aufklärung über die SED-Diktatur ist ein zentraler Pfeiler in dem Bemühen um die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands. Sie kann darüber hinaus die Bereitschaft des einzelnen zur Zivilcourage und zum Engagement gegen totalitäre Tendenzen wecken und stärken. Der Nostalgie und Legendenbildung über das SED-Regime muß durch politische Bildungsarbeit entgegengewirkt werden.

Eine von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebene umfängliche Untersuchung der Situation der politischen Bildung in Deutschland auf diesem Gebiet hat gezeigt, daß vielfältige Aktivitäten entwickelt werden. Neben der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung, die wichtige Beiträge auf diesem Gebiet leisten, bemühen sich zahlreiche öffentliche und private Träger der politischen Bildung um die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Lehren aus der Aufarbeitung der Diktaturen in Deutschland sind geeignet, das Bewußtsein für die Gefahren des Extremismus des rechten wie des linken

Spektrums zu schärfen. Vor diesem Hintergrund muß der inhaltlichen Gestaltung von Schulbüchern und anderen Materialien zur politischen Bildung eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Stiftung soll mit den bestehenden Trägern der politisch-historischen Aufklärung über die SED-Diktatur im Sinne einer pluralen Trägerlandschaft eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten und soll Aktivitäten von Personen, Initiativen und Organisationen, die im Sinne des Stiftungszwecks arbeiten, fördern. Die Stiftung soll die bewährten Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit weder ersetzen noch verdrängen, sondern deren Angebote auf diesem Gebiet ergänzen und die Wirkung dieser Angebote verstärken und verbessern.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehört es insbesondere,

- Erfolge und Defizite der politisch-historischen Aufklärung über die kommunistische Diktatur und ihre Folgen unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Forschungsstandes zu ermitteln sowie inhaltliche und didaktische Anregungen zu erarbeiten und der Öffentlichkeit zu vermitteln,
- den Erfahrungsaustausch zwischen Trägern der Bildungsarbeit auf diesem Gebiet zu fördern und Angebote zur Weiterbildung von Referenten und Multiplikatoren zu vermitteln und anzubieten,
- in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen Bestandsaufnahmen über die Darstellung der SED-Diktatur und der Zeit der deutschen Teilung für die schulische und außerschulische politische Bildung zu erarbeiten,
- Begegnungen junger Menschen aus den neuen und alten Bundesländern zu fördern, die der historischen Aufarbeitung und dem Wiedervereinigungsprozeß dienen, sowie
- dazu beizutragen, dem Gedenken an die SED-Diktatur, an ihre Opfer sowie an Opposition und Widerstand einen festen Platz in dem Bildungsangebot von Schulen, Hochschulen und der politischen Bildung zu sichern.

4. Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit über die SED-Diktatur

Die Stiftung ist keine wissenschaftliche Forschungseinrichtung, vielmehr ist ihre Aufgabe die Unterstützung der Forschung. Die Stiftung soll mit den bestehenden Institutionen der historischen Deutschlandforschung innerhalb und außerhalb der Hochschulen zusammenarbeiten und diese fördern. Besonderer Unterstützung bedürfen junge Wissenschaftler im universitären und außeruniversitären Bereich. Neue Formen der Unterstützung sind für diejenigen erforderlich, die sich an der Aufarbeitung der Vergangenheit beteiligen und in der SBZ/DDR aus politischen Gründen keine wissenschaftliche Ausbildung durchlaufen durften. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Widerstandes, der Opposition und des Prozesses der deutschen Vereinigung muß ein Forum zum Austausch finden und Anstöße erhalten.

Die Stiftung fördert die Erforschung der DDR-Geschichte und der deutschen Teilungsgeschichte in ihren internationalen Zusammenhängen, insbesondere

– der Geschichte der SBZ/DDR,

– der DDR im Rahmen des östlichen Bündnissystems und

– der Geschichte der deutschen Frage nach dem Zweiten Weltkrieg.

Sie fördert zudem

– die vergleichende Deutschlandforschung sowie

– Gesellschaftsanalysen zum Prozeß der deutschen Einheit.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehören insbesondere

– die finanzielle Förderung von Forschungsprojekten Dritter in Anlehnung an die allgemein üblichen Förderrichtlinien,

– die Förderung von Publikationen und die Gewährung von Druckkostenzuschüssen,

– die Gewährung von Stipendien, namentlich von Promotions- und Habilitationsstipendien, sowie die Vergabe von Preisen und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern,

– die Anregung von Forschungsprogrammen, wissenschaftlichen Aktivitäten und Tagungen auch interdisziplinärer Art und in internationaler Dimension,

– die Dokumentation des jeweils aktuellen Standes der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie

– die Dokumentation und Auswertung von Quellen und Materialien über die Geschichte des SED-Staates.

5. Archivierung von Materialien aus Opposition und Widerstand, von Zeugnissen der Opfer der SED-Diktatur und von sonstigem privaten Schriftgut zur DDR-Geschichte

Die Entwicklung von Opposition und Widerstand in der DDR hat für die deutsche Demokratiegeschichte eine zentrale Bedeutung und gehört ebenso wie die Zeugnisse der Opfer der SED-Diktatur zum nationalen Erbe des vereinigten Deutschlands. Dieses Erbe gilt es zu pflegen und zu bewahren, vielfach aber überhaupt erst zu erforschen und bekanntzumachen.

Das Archivgut der DDR-Opposition und der Opfer der SED-Diktatur ist heute höchst gefährdet. Es ist weitgehend noch verstreut im Privatbesitz der Akteure und deshalb Forschung und Öffentlichkeit nicht immer zugänglich.

Das Zusammentragen noch vorhandenen Materials und privaten Schriftgutes ist von großer Dringlichkeit, ebenso dessen Erhaltung, Sicherung und Erschließung. Sowohl wegen der Gefahr, daß wichtige Materialien verlorengehen, wie auch wegen des schlechten Zustands eines großen Teils der Bestände

(die auf „Ormig“ vervielfältigten Texte verblassen, das Papier zerfällt) ist in der nächsten Zeit ein größerer Aufwand nötig, für den die entsprechenden Ressourcen bereitzustellen sind.

Ein Teil der Materialien wurde von verschiedenen, mit der früheren Opposition verbundenen Initiativen gesammelt. Mit hohem ehrenamtlichen Einsatz und häufig mit dem Vorteil der Zeitzeugenschaft sind eine Reihe unabhängiger Archive zu Opposition und Widerstand in der DDR und zu der Geschichte der Opfer der SED-Diktatur entstanden, die eine wesentliche Arbeit leisten. Als wichtig erwiesen sich die Aussagen von Zeitzeugen und die daraus erwachsende Kenntnis der Entstehungszusammenhänge. Nach zu erarbeitenden Richtlinien soll die Stiftung solche unabhängigen Archive fördern und zur Qualifizierung und Professionalisierung ihrer Arbeit beitragen. Gleichzeitig sollte darauf geachtet werden, daß sich die Archivlandschaft nicht weiter zersplittert, sondern stärker konzentriert wird, um den Zugang zu erleichtern.

Opposition und Widerstand in der DDR vollzog sich in sehr differenzierten Kommunikationszusammenhängen, die nicht frei von Spannungen waren. In den unabhängigen Archiven, deren Initiatoren vielfach aus oppositionellen Gruppen kommen, leben diese Differenzierungen zum Teil fort. Viele der verstreuten Materialien und Dokumente werden den vorhandenen Archiven nicht übergeben, weil deren Archivierung das Vertrauen der derzeitigen Besitzer und der damaligen Akteure aus Opposition und Widerstand voraussetzt. Um dieses zu gewinnen, sind gegenwärtig eine plurale Archivlandschaft und ein eigenes Archiv der Stiftung notwendig. Dieses würde durch seinen überregionalen und parteiübergreifenden Charakter eine wichtige Ergänzung der Archivlandschaft sein. In einem solchen Archiv könnten auch die Materialien der Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und zur Überwindung ihrer Folgen der 12. und 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zugänglich gemacht werden.

An verschiedenen Orten werden zur Zeit Materialien der DDR-Opposition und der Opfer der SED-Diktatur gesammelt, sowohl durch unabhängige Initiativen und Opferverbände als auch durch die von Ländern oder dem Bund getragenen Institutionen. Häufig geschieht dies unter regionalen Gesichtspunkten. Eine Zusammenarbeit dieser verschiedenen Träger und deren Abstimmung ist dringend erforderlich. Von zentraler Bedeutung für die Erschließung und Zugänglichkeit der Materialien für die Forschung ist eine Vernetzung der Daten über Archivbestände in einer zentralen Datenbank und das Erstellen eines Vademekums.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehört es insbesondere,

- dazu beizutragen, das vielfach zerstreute Material der DDR-Opposition und der Opfer der SED-Diktatur zusammenzutragen, es zu sichten, seine Erhaltung zu sichern, es zu archivieren und zugänglich zu machen,
- vorhandene Archive zu fördern,

– selbst ein Archiv einzurichten sowie

– am Aufbau einer zentralen Datenbank zur Vernetzung der Daten über Archivbestände, an der Erstellung eines Vademekums zu den Archiven und an der Zusammenarbeit von Trägern der verschiedenen Archive mitzuwirken.

6. Erinnerung und Gedenken

Die Erinnerung an die deutsche Teilung mit all ihren Folgen und auch das Gedenken an die Opfer nehmen im vereinten Deutschland noch nicht den ihnen gebührenden Platz ein. Trotz der Einrichtung von Museen und Gedenkstätten ist für viele Menschen, insbesondere für die jüngeren Generationen, die Teilung Deutschlands und das unmenschliche DDR-Grenzregime mit seinen zahlreichen Opfern und Schicksalen nicht mehr gegenwärtig. Gerade bei den jüngeren Generationen wie auch in der internationalen Öffentlichkeit müssen die Erinnerung an die SED-Diktatur und das Gedenken an ihre Opfer wachgehalten werden. Die Stiftung könnte eine wichtige Aufgabe bei der Gestaltung von Gedenktagen, die an die deutsche Teilung und die Opfer der SED-Diktatur erinnern, übernehmen. Hierbei ist eine enge Kommunikation mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, den zeitgeschichtlich orientierten Wissenschaftseinrichtungen, den Trägern der politischen Bildung und den Gedenkstätten notwendig.

Zu den Aufgaben der Stiftung gehört es insbesondere,

– die internationalen Aspekte des Gedenkens zu berücksichtigen und zu fördern sowie

– Beiträge zur inhaltlichen und formalen Ausgestaltung von Gedenktagen (wie z.B. dem 17. Juni, dem 13. August oder dem 9. November) zu leisten.

D. Anhang:

Zusammensetzung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

Rainer Eppelmann, MdB, Vorsitzender

Siegfried Vergin, MdB, stellvertretender Vorsitzender

Abgeordnete

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
CDU/CSU	
Hartmut Büttner (Schönebeck)	Monika Brudlewsky
Rainer Eppelmann	Wolfgang Dehnel
Hartmut Koschyk – Obmann –	Dr.-Ing. Rainer Jork
Werner Kuhn	Walter Link (Diepholz)
Johannes Selle	Reinhard Freiherr von Schorlemer
SPD	
Iris Gleicke	Tilo Braune
Stephan Hilsberg	Reinhold Hiller (Lübeck) (seit 23. September 1996)
Markus Meckel – Obmann –	
Siegfried Vergin	Nicolette Kressl (bis 22. September 1996)
	Christine Kurzhals
	Jörg-Otto Spiller
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gerd Poppe – Obmann –	Gerald Häfner
F.D.P.	
Prof. Dr. Rainer Ortleb – Obmann –	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (seit 8. Februar 1996)
	Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig (bis 7. Februar 1996)
PDS	
Dr. Ludwig Elm – Obmann –	Rolf Kutzmutz

Sachverständige

Prof. Dr. Clemens Burrichter, Potsdam
Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Bochum
Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke, Köln
Martin Gutzeit, Berlin
Dirk Hansen, Lüneburg (Kommissionsmitglied bis 31. Dezember 1995)
Prof. Dr. Peter M. Huber, Jena
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen, Bonn (Kommissionsmitglied seit 1. Januar 1996)
Ilko-Sascha Kowalczuk, Berlin
Prof. Dr. Peter Maser, Münster
Prof. Dr. Reinhard Mocek, Berlin
Dr. habil. Patrick Moreau, Paris
Prof. em. Dr. Hermann Weber, Mannheim
Prof. Dr. Manfred Wilke, Berlin

Mitglieder der Berichterstattergruppe P (8)
„Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung“
Abg. Gerald Häfner (Einberufer)
Abg. Dr. Ludwig Elm
Abg. Hartmut Koschyk
Sv. Prof. Dr. Peter Maser
Abg. Markus Meckel
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Sv. Prof. Dr. Hermann Weber

Kommissionssekretariat

Leiter des Sekretariats:	Rolf Eising
Stellvertretende Leiterin des Sekretariats:	Dr. Marlies Jansen
Wissenschaftliche Mitarbeiter:	Thomas Ammer
	Dr. Martin Georg Goerner
	Frank Grußendorf
	Dr. Bernhard Marquardt
	Michael Reinold
Sachbearbeiter:	Jürgen Wiesner
1. Sekretärin:	Ingrid Manns
2. Sekretärin:	Monika Rieke

Mitarbeiter der Fraktionen/Gruppe

CDU/CSU-Fraktion:	Jost Vielhaber
SPD-Fraktion:	Dr. Ingrun Drechsler
Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:	Udo Baron
F.D.P. – Fraktion:	Michael Link
Gruppe der PDS	Dr. Dietmar Keller / Dr. habil. Angelika Schiffers